Nummer 337

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Freitag, 23. Juli 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten.

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Der deutsche Beamte. Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Junk, Berlin; Polit. Teil: L. D. Dr. Richard Jägler, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Grieben; Inseratenteil: L. D. Direktor A. Lorenz, Berlin W 8; Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Gesellschaftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1926, für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat Juli 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit., Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Die Verfassungsreform in Polen angenommen.

Auch das Bevollmächtigungsgesetz.

Warschau, 22. Juli.

In dritter Lesung wurde heute die Gesetzesvorlage über die Verfassungsänderung mit 246 gegen 95 Stimmen angenommen. Gegen das Gesetz stimmten u. a. die Sozialisten, die Juden und die slawischen Minderheiten. Die radikalen Bauernparteien, die in zweiter Lesung gegen das Gesetz gestimmt hatten, stimmten heute für das Gesetz und beschworen auf diese Weise die drohende Krise. Durch das Gesetz wird dem Präsidenten das Recht gegeben, auf Antrag des Ministerrats Sejm und Senat aufzulösen. Der Sejm hat auch das besondere Gesetz, das die Regierung bevollmächtigt, bis zum Zusammentritt des neuen Sejms während der Vertagung oder der Ferien des gegenwärtigen Sejms Gesetze auf dem Verfügungswege zu erlassen, angenommen. Die deutsche Fraktion stimmte gegen das Gesetz; ihre Forderung, daß der Regierung auch die Ermächtigung gegeben werde, in bezug auf die Sprachengesetze und die Schulgesetze Aenderungen auf dem Verfügungswege einzuführen, wurde abgelehnt.

Wechsel im polnischen Kabinett.

TU **Warschau**, 22. Juli

In politischen Kreisen verbreitete sich heute das Gerücht, daß der polnische Innenminister Młodzianowski von seinem Amt zurücktreten will. An seine Stelle soll Miedzinski (Wojewode) treten.

Chamberlain einst und jetzt.

London befürchtet neue Schwierigkeiten für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

TU **London**, 22. Juli.

Die gestrige Erklärung Chamberlains über den ungenügenden Stand der deutschen Abrüstung hat in diplomatischen Kreisen Londons größtes Aufsehen hervorgerufen. Allgemein wird bedauert, daß durch diese Aeußerung die Abrüstungsfrage so kurze Zeit vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wieder in den Vordergrund der politischen Interessen gerückt worden ist. Man befürchtet sich aus der Art, wie das ganze Abrüstungsproblem bisher behandelt worden ist, nur wenig Gutes. Die Erklärung, daß es sich um keine besondere Note, sondern lediglich um die Fortsetzung des laufenden Briefwechsels zwischen der Interalliierten Kontrollkommission und der Reichsregierung handelt, wird als bloße Wortklauberei bezeichnet, da es gleich ist, ob die Forderung des Generals Wasch in einer Note oder in einem Brief zum Ausdruck gebracht wurde.

In der gleichen Angelegenheit stellt „Manchester Guardian" in einem Leitartikel die Frage, ob es ein Zufall oder Absicht sei, daß jedesmal, wenn Deutschlands Eintritt in den Völkerbund bevorzustehen scheine, die Luft sich mit Gerüchten fülle, die geeignet seien, ihn zu verhindern.

Nach der Erklärung Chamberlains ist man in London aus der bisherigen Zurückhaltung in der Abrüstungsfrage herausgetreten und hat an amtlicher Stelle über die deutsche Entwaffnung nähere Mitteilungen über die amtliche englische Auffassung gemacht. Auf Anfrage wurde dem Vertreter der Telegraphen-Union an maßgebender Stelle mitgeteilt, daß

die Antwort Chamberlains im Unterhause nicht so gemeint gewesen

sei, wie sie vielleicht gelungen habe. Die Form der Antwort erkläre sich aus der überlasteten gestrigen Tagesordnung. Es sei richtig, so wird an amtlicher englischer Stelle versichert, daß Deutschland noch eine Reihe von, wenn auch nicht sehr wesentlichen Entwaffnungsforderungen, zu erfüllen habe. Es handelt sich in der Hauptsache um folgende vier Punkte: 1. Bestimmung des Begriffs Kriegsmaterial; 2. die Stellung des Generals von Seeckt; 3. die Stärke der Reichswehr; 4. die einheimische Reservearmee. Zu Punkt eins wird an maßgebender Stelle noch folgendes bemerkt: Nach dem Versailler Vertrag ist die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial für Deutschland verboten, woraus sich die Frage ergebe, was als Kriegsmaterial zu bezeichnen sei. Ueber den Begriff Kriegswirtschaft bestanden noch immer Unstimmigkeiten zwischen der Interalliierten Kontrollkommission und der Berliner Regierung. Es seien wie im vergangenen Jahre, so auch jetzt dieselben Fragen aufgetaucht, die bei der Lieferung von Dampfkesseln für argentinische Torpedoboote durch Deutschland bereits eingehend erörtert worden wären. Zu Punkt 2 wird bemerkt, daß an amtlicher Londoner Stelle hierüber bis heute keine bestimmten Nachrichten vorliegen. Was Punkt 3 anbetrifft, so werden von amtlicher Seite gewisse Forderungen hinsichtlich der Stärke der Reichswehr erhoben. Ueber die angebliche deutsche Reservearmee (Punkt 4) ist man in amtlichen englischen Kreisen der Ansicht, daß es sich bei den sogenannten „vaterländischen Verbänden" um eine Art von Reservearmee handele, die ihrem Kampfwert nach der englischen Territorialarmee gleichzustellen (!) sei. Wie hierbei zu bemerken ist, ist die englische Territorialarmee eine freiwillige Truppenformation, deren Mitglieder alljährlich zum Herbst zu besonderen Uebungen einberufen werden, sich aber auf eigene Kosten verpflegen müssen. Die Territorialarmee steht unter der Leitung aktiver englischer Offiziere. Die Ausrüstung der Territorialtruppen erfolgt aus Beständen der englischen Armee. Auf die Frage unseres Vertreters, ob die erneute Aufrollung der Abrüstungsfrage keinen

schädlichen Einfluß auf die dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund noch vorausgehenden Verhandlungen

ausüben werde, wurde erklärt, daß es einem Teil der deutschen Presse (!) zuzuschreiben sei, daß die ganze Angelegenheit ausgegraben worden wäre. Ohne diese Veröffentlichungen wäre das ganze Problem stillschweigend und ohne unnötige Belastung der deutschen Oeffentlichkeit gelöst worden.

•

Wie gemeldet, hat der englische Außenminister Chamberlain auf eine im Unterhaus an ihn gerichtete Frage, ob die deutsche Abrüstung zufriedenstellend durchgeführt sei, geantwortet, er bedaure, darauf mit einem „Nein" antworten zu müssen. Von zuständiger Seite wird dazu an eine s. Zt. durch W. T. B. verbreitete unwidersprochen gebliebene Meldung erinnert, nach der derselbe Chamberlain bereits am 29. Januar d. J. während eines Pressempfangs auf eine Anfrage, ob Deutschland alles getan habe zur Erfüllung der ihm im Versailler Vertrag auferlegten Entwaffnung, antwortete: „Allerdings ja". Zuständigerseits wird weiter erklärt, daß augenblicklich in der Entwaffnungsangelegenheit nur noch einige technische Fragen der Bearbeitung harrten, deren Erledigung aber lediglich deshalb sich hinausgezogen habe, weil die zuständigen Ententekommissionen monatelang ihre Antworten auf gestellte Fragen verzögert hätten. Uebrigens hat Chamberlain auch vor kurzem in einer weiteren Gelegenheit — soviel wir uns erinnern, einer Anfrage im Unterhaus oder einem Pressempfang — ausdrücklich erklärt: „Die Durchführung der Deutschland aus dem Versailler Vertrag erwachsenen Verpflichtungen bezüglich der Entwaffnung verlaufe durchaus zufriedenstellend".

Diese neue Stellungnahme Chamberlains entspricht ganz der von uns bereits gekennzeichneten eigenartigen Haltung der englischen Regierung zur Wasch-Note, wie sie in dem bekannten Reuter-Telegramm (siehe Nr. 327 unseres Blattes) zum Ausdruck kam, das einen so ganz anderen Stimmpunkt erkennen ließ, als sie die vorherigen Londoner Pressestimmen erwarten ließen.

Weg mit den Scheuklappen!

Von G. R. Treviranus, M. d. R.

Das Eis bricht. Dies allein ist schon Verdienst der Staatsratsführer, an deren Gradheit und Ehrlichkeit jeder Parteihader abprallt. Der rechtsstehende Urwähler findet Männer seines Vertrauens ohne Rückicht auf Parteipolitik in enger Zusammenarbeit in den vaterländischen Verbänden, in den Berufsvereinigungen — so im Reichslandbund wie im Reichsverband der Industrie — im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband wie in anderen Gewerkschaften und Werksvereinen. In den Parlamenten aber müssen sich angeblich die Wege dieser Führer trennen, weil sie verschiedenen Parteien angehören. Warum? fragt der Schildträger. Er stellt fest, daß in zahllosen Gemeindevertretungen, aber auch im bayerischen, Mecklenburger Landtag, im Preußischen Staatsrat jahrelange Erfahrungen gezeigt haben, daß es bei hinreichendem Gegendruck der politischen Linken nicht nur sehr wohl möglich, sondern notwendig ist, sich in gemeinsamer Kampffront zusammenzuschließen. Wenn er jetzt das Argument hört, daß die verschiedene parlamentarische Stellung zur Reichsregierung bei Deutschnationaler und Deutscher Volkspartei solche Zusammenarbeit einstweilen unmöglich mache, so verlangt er eben gemeinsame Regierungs- oder Oppositionsbildung. Denn er rechnet richtig, daß einheitlich geführt 160 Mandate mehr wiegen, als getrennte 110 und 50. Will man ihm aber weismachen, daß deutschnationale Kapitulation vor den Maximen der Mitte notwendig sei, ehe eine Arbeitsgemeinschaft zustandekommen könne, so fragt er: „Was sind diese Maxime?" Niemand wird Antwort geben können. Denn „vernunftgemäßes" Sichabfinden mit der jeweiligen Tageslage unter Verzicht auf eigene Zielsetzung, wie es die „Nationalliberale Korrespondenz" zu fordern scheint, kann nicht grundsätzliches Bekenntnis sein. Aber auch in wirklichen Grundsätzen gehen heute Meinungen in gleichen Parteilagern auseinander. Es will nicht jeder nur Amboß sein.

Die Gründung der „Liberalen Vereinigung" unter Geheimrat Kahls und Stresemanns Aegide ist auch von überzeugten Verfechtern nationalliberaler Tradition durchaus ablehnend bewertet worden. Die politische Entwicklung in der heutigen Kulturwelt zeigt, daß der Liberalismus in der alten prägnanten Form überlebt ist, weil er sein Ziel erreicht hat und darum hergab geht. Das zwanzigste Jahrhundert hat neue Probleme gestellt. Es zwingt allerorts in der Staatspolitik zu einer Scheidung der Geister für oder wider den Marxismus. Das ist weder Verneinung der Sozialdemokratie noch unsoziales Empfinden, nur Gebot der Erhaltung des Nationalstaates als der einzigen Lebensmöglichkeit im heutigen Zustand der Welt. Es verlohnt sich, das englische politische Leben auf neue Zusammenballungen in dieser Richtung hin zu untersuchen und aus ihnen zu lernen. Ist aber der Kern des liberalen Gedankens heute nichts weiter als „verantwortungsbewußter Tatsachenmut", so entfällt jede Grenzsetzung zwischen der deutschnationalen Arbeit und solcher liberalen Auffassung. In unserem politischen Leben bedeuten ja die starren Partei- und Fraktionsschranken keineswegs überall eine innere Abstempelung. In allen Parteien finden sich konservative Männer, die im Grunde engere Bindungen untereinander spüren, als es Parteidisziplin und Tradition öffentlich erkennen lassen. Die Scheuklappen sitzen allerdings nicht nur bei den Wählern, sondern auch bei den Führern rechtschaffen fest. Das muß anders werden. Es wird viel Aufhebens davon gemacht, daß die junge Generation an die Tore poche mit dem „Willen zur Macht". Ist der zarte Wink an die sogenannten Alten, abzutreten, nur mit dem Jugendmotiv berechtigt? Ich kenne Männer mit biblischen Jahresringen, die es an Zähigkeit, Ueberzeugungsmut und politischem Instinkt mit tausend Jungen aufnehmen. Es ist keine Frage des Alters oder der Jugend, sondern lediglich die Frage des Miterlebens innerer Fortentwicklung der Einzelmenschen und der Massen. Vielleicht haben wir Frontsoldaten es leichter, hierbei Schritt zu halten, weil die harte Schule der Kriegsjahre uns gezwungen hat, im Tritt zu bleiben. Wir pflegen größeres Vertrauen von Mann zu Mann, zum Kerl im anderen, mehr Kameradensinn zu haben. Uns gilt der Sozialdemokrat nicht deshalb als Gegner, weil er nach Vorkriegsweise als unbequemer Kontrahent rot genannt wurde, sondern weil der Weg der Linken unser Volk in die Irre führt. Wir sehen auf der Linken genug Männer, die über ihren Parteischatten springen und in der praktischen politischen Arbeit staatserhaltenden gesunden Menschenverstand walten lassen möchten, aber mundtot gemacht sind. Wir sehen Männer unseresgleichen unter Demokraten. Viele von ihnen haben parteimäßige Irrtümer der Revolutionszeit entschlossen wettgemacht. Wir sehen im Zentrum Männer und Frauen aller Schichten, die gleichen Stammes, gleicher Tradition und gleicher Zukunftshoffnung sind. Sie sind sicher nicht liberal, nicht sozialistisch, sondern ebenso bodenständig wie wir und können Wirtschafte Politik nicht gutheißen. Sollen sie nur, weil die Sitzordnung in den Parlamenten sie zufällig in die Mitte verwiesen hat, keine Möglichkeit zu einer Zusammenarbeit auf der Rechten sehen? Es gibt immerhin auch heute noch Beispiele solch praktischer Zusammenarbeit in deutschen Ländern. Wir lehnen die mechanistische Auffassung ab, als ob die in der Sesselverteilung nächsten Nachbarn, wie die Deutsche Volkspartei, eher als wir berufen sein müßten, sich mit dem Zentrum verbunden zu fühlen. Weil wir die Gewißheit solch innerer Fäden über die Parteigrenzen hinweg haben, fordern wir eine klare Scheidung in der politischen Arbeit. Werden die Begriffe verwischt, folgt die Verseuchung auf dem Fuße. Deshalb ist falsch verstandener Liberalismus der Feind unseres Staates wie der Marxismus selbst. Bismarck wußte wohl, was er mit der Vorfrucht meinte. Ein Bündnis mit der Sozialdemokratie bleibt für uns ungangbar, weil wir die Revolutionierung zum Sowjetstaat für todbringend halten.

* * *

Es ist Brauch geworden, die Deutschnationalen als regierungsunfähig hinzustellen, weil wir nicht wie die Koalition der Mitte uns abgefunden haben mit dem Bekenntnis zu dem von links erzwungenen Gesinnungswechsel in der Politik daheim und draußen. Unsere grundsätzliche Gegnerschaft gegen die undeutsche republikanische Staatsform und gegen das parlamentarische Parteiregiment brauchen wir nicht zu verleugnen. Niemand wird uns verwehren können, unserem deutschen Volke zu raten, bei der künftigen Formung des Staates seiner Eigenart und ge-

Poincaré verhandelt weiter.

Ministerpräsident oder Finanzminister?

Heute Feststellung des Kabinetts.

Widerstand der radikalen Partei.

Paris, 22. Juli.

Ueber die Lage berichtet „Intransigeant": Poincaré ist heute vormittag davon verständigt worden, daß sich innerhalb der radikalen Kammerfraktion eine gewisse „Feindseligkeit" gegen ihn bemerkbar mache. Die Radikalen würden wohl nichts gegen Poincarés Eintritt in das neue Ministerium einwenden, wollen ihn aber nicht als Ministerpräsidenten annehmen. Poincaré ist sich in der Tat darüber klar, daß seine Rückkehr zur Ministerpräsidentschaft als eine persönliche Revanche gegen die Linksfraktionen, die in den Wahlen vom 11. Mai 1924 gesiegt haben, aufgefaßt werden könnte. Aber angesichts des Ernstes der Finanzlage ist er der Ansicht, daß

das Finanzministerium vom Ministerpräsidenten versehen werden müsse.

Poincaré hat in den Nachmittagsstunden seine Besprechungen fortgesetzt und zunächst den Abgeordneten Paul-Boncour, den Senator Berthou und den Abgeordneten Bokanowski empfangen. Sodann empfing er eine Abordnung der radikalen Kammerfraktion unter Führung von Cagals. Im übrigen erklärte Poincaré, daß er erst morgen an die Personenfrage denken könne, und es ist bezeichnend, daß das „Journal des Débats" in seinem heutigen Börsenbericht die Tatsache, daß das englische Pfund heute vormittag mit 206 eröffnete und schließlich bis auf 213,75 Francs stieg, auf die Schwierigkeiten zurückführt, denen die Bildung des Kabinetts Poincaré zu begegnen scheint.

Nach Beendigung seiner Unterredung als Führer einer Abordnung der radikalen Kammerfraktion mit Poincaré erklärte Cagals Pressevertretern, man könne nicht von einer eigentlichen Feindseligkeit seiner Gruppe gegen ein Ministerium Poincaré sprechen, aber da eine gewisse Beunruhigung bestehe, habe er Poincaré darauf aufmerksam machen wollen, damit er nicht von irgendwelchen Zufällen abhängig sei. Man würde

Poincaré jedenfalls lieber als Minister denn als Ministerpräsident sehen.

Nach weiteren Meldungen verlautet, daß Poincaré die Absicht habe, falls es ihm nicht gelingt, eine Regierung zu bilden, den Posten eines Finanzministers in einem mehr nach links gerichteten Kabinett zu übernehmen. Poincaré wird erst in den späten Abendstunden dem Präsidenten der Republik über das Ergebnis seiner Bemühungen Bericht erstatten. Albert Sarraut und Paul Boncour, auf deren Mitarbeit Poincaré besonderen Wert legte, haben abgelehnt, der erstere offenbar deshalb, weil er selbst auf das Ministerpräsidium reflektiert. Briand erklärte, er sei bereit, in ein Kabinett der nationalen Einigung einzutreten.

Als etwaige Nachfolger Poincarés werden für den Ministerpräsidentenposten die Namen Albert Sarraut, Barthou und wieder Briand genannt.

Um 7 Uhr begab sich Poincaré nach dem Elysée und verließ es bereits 45 Minuten später. Er teilte mit, daß

er Doumergue noch keine endgültige Antwort erteilt

habe und morgen vormittag seine vollständige Ministerliste bekanntgeben werde. Heute wird Poincaré zur Hauptsache noch Briand, Barthou und Sarraut empfangen. Er erklärte, daß nach seiner Ansicht der Ministerpräsident unter allen Umständen auch Finanzminister sein müsse. Wenn aber Bedenken dagegen bestünden, daß er diese bedeutenden Posten besetze, so sei er bereit, irgendeinem Kabinett in einer anderen Stellung beizutreten.

Sarraut hat erklärt, daß ein Kabinett Poincaré sich ebensowenig halten könne, wie ein Kabinett Briand-Caillaux oder ein Kabinett Herriot. Es würde nicht mehr als 220 bis 240 Stimmen erlangen, während dagegen ein von ihm präsidiertes Kabinett, auch mit Ausschluß Poincarés, mindestens 400 Stimmen finden werde. Auch Briand soll sehr skeptisch über die Aussichten eines Kabinetts Poincaré urteilen. Von anderer Seite werden weder Poincaré noch Sarraut, sondern der frühere Innenminister, Steeg, genannt.

Ein Vertreter der Rechten als Kammerpräsident.

Ein erklärlicher Verzicht Herriots.

Paris, 22. Juli.

In der Kammer wurde heute als Nachfolger Herriots Raoul Péret (linksrepublikaner, nationaler Block) im zweiten Wahlgang mit 227 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt. Der sozialistische Kandidat Bouisson, Vizepräsident der Kammer, erhielt 215 Stimmen. Im ersten Wahlgang hatte Péret 197 Stimmen, Bouisson 133 Stimmen und Bouisson, gleichfalls Vizepräsident der Kammer und Kandidat der Radikalen, 118 Stimmen erhalten.

Vorher hatte sich Herriot trotz wiederholter Vorstellungen seiner Parteifreunde endgültig geweigert, als Kandidat für den Posten des Kammerpräsidenten aufzutreten. Er begründet seine Weigerung mit der nach den Vorgängen recht merkwürdig erscheinenden Behauptung, daß er seine politische Bewegungsfreiheit in keiner Weise eingeschränkt wissen wolle.